

Der ökumenische Dialog zwischen der Römisch-katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland

Lohse, Eduard

Veröffentlicht in:
Jahrbuch 1986 der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft, S.87-99



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

17.10.1986 in Braunschweig

Der ökumenische Dialog zwischen der Römisch-katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland

Von **Eduard Lohse**

Nach dem Verständnis römisch-katholischer Lehre wird die rechtlich geordnete Kirche, die vom Papst und den Bischöfen geleitet wird, als die durch den Herrn selbst gestiftete Heilsanstalt begriffen, deren Struktur ihr von ihrem Wesen her vorgegeben ist. Nach evangelischem Verständnis hingegen bedarf es zwar rechtlich geordneten Zusammenlebens in der Kirche, nicht aber einer bestimmten Struktur ihrer sichtbaren Gestalt. Vielmehr sagt der siebte Artikel der Augsburgischen Konfession von 1530, zur wahren Einheit der Kirche sei es allein ausreichend, über die rechte Predigt des Evangeliums und den stiftungsgemäßen Gebrauch der Sakramente übereinzustimmen. Für die Einheit der Kirche sei es aber nicht erforderlich, gleiche Ordnungen und Zeremonien zu haben oder eine bestimmte Rechtsgestalt der Kirche als allein verbindlich anzusehen.

Dieser geschichtlich überkommenen Unterschiede im Blick auf das Verständnis von der Kirche und der zu ihrer wahren Einheit wesentlichen Bedingungen muß sich jeder ökumenische Dialog bewußt sein, der mit dem Ziel geführt wird, alte Trennungen zu vermindern und neue Gemeinschaft zu finden. Sowohl in der theologischen Diskussion wie auch in kirchenrechtlichen Erörterungen der jüngsten Vergangenheit sind jedoch verheißungsvolle Neuansätze gewonnen worden, die überkommene Positionen in Bewegung gebracht haben. Intensives Studium der Bibel Alten und Neuen Testaments, der Dogmen- und Kirchengeschichte, aber auch gründliches Nachdenken über allen Christen gemeinsam gestellte Aufgaben in unserer Zeit haben den Weg frei gemacht, sich auf das gemeinsame Erbe der Christenheit zu besinnen und alte Unterscheidungen in neuem Licht zu betrachten. Christen in den getrennten Kirchen haben erfahren, daß sie durch die Kraft des Evangeliums zusammengeführt und instand gesetzt wurden, neue Gemeinschaft zu suchen. Will dieses ökumenische Streben jedoch nicht allein durch Gefühl und Erfahrung geleitet sein, sondern zu verbindlicher Gemeinschaft führen, dann bedarf es eines sorgfältigen Dialogs, in dem der Zusammenhang von kirchlicher Lehre und rechtlicher Gestalt durchdacht und der nicht immer leicht zu gehende Weg beschritten wird, aus der Vergangenheit überkommene Unterscheidungen aufs neue zu erörtern und Schritte zu wachsender Gemeinschaft aller Christen zu tun.

I.

In den beiden letzten Generationen haben wir zum guten Teil selbst miterleben können, wie die getrennten Kirchen in einem Maße aufeinander zugegangen sind, wie das in den vorangegangenen Jahrhunderten nicht der Fall gewesen ist. Die leidvollen

Erfahrungen, die Christen beider Konfessionen in unserem Lande während der Jahre des sog. Dritten Reiches machen mußten, haben katholische und evangelische Christen erkennen lassen, daß sie in viel größerem Umfang, als es ihnen bewußt war, ein und denselben Glauben zu bekennen und zu leben haben. Als nach Kriegsende Millionen von Flüchtlingen in den westlichen Teil Deutschlands herüberkamen, haben katholische und evangelische Kirchengemeinden ihre Kirchengebäude den Flüchtlingsgemeinden der anderen Konfession geöffnet. Man hat dadurch den Gottesdienst der anderen Gemeinde miterleben können und entdeckt, wieviel darin gemeinsam ist. Wissenschaftliche theologische Bemühung, wie sie in verschiedenen Arbeitskreisen in Angriff genommen wurde, hat dazu gedient, ungeachtet aller Unterschiede der Lehre die gemeinsame Glaubensüberzeugung zu bedenken und sich darüber klarzuwerden, wie diese Gemeinschaft stärker zum Ausdruck gebracht werden könnte. Dies alles sind Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, die in die unmittelbare Gegenwart hineinreichen.

In der römisch-katholischen Weltkirche ist durch das Zweite Vatikanische Konzil eine grundlegende Neuorientierung des kirchlichen Handelns eingetreten, die auch für die evangelische Kirche wesentliche Konsequenzen mit sich gebracht hat. Es seien einige besonders wichtige Entscheidungen genannt. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil wird überall in der römisch-katholischen Kirche der Gottesdienst in der Landessprache abgehalten. Damit ist ein Wunsch erfüllt, der seit der Reformation immer wieder ausgesprochen wurde und bereits seit mehr als 450 Jahren in der evangelischen Kirche verwirklicht ist. Die Stimme des Evangeliums soll laut und deutlich für jedermann so zu Gehör gebracht werden, daß er die frohe Botschaft in seiner Sprache vernehmen kann. Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat die Bibel eine weit größere Bedeutung in der römisch-katholischen Kirche gewonnen, als ihr zuvor zuerkannt worden war. In vielen Ländern sind neue ökumenische Bibelübersetzungen in Zusammenarbeit der Kirchen angefertigt worden. Im gemeinsamen Lesen und Studium der Bibel ist man sich miteinander der verbindenden Kraft des biblischen Wortes bewußt geworden. In der römisch-katholischen Kirche hat der Gedanke des Volkes Gottes größere Beachtung gefunden. Das ganze Volk Gottes, nicht nur Priester und Bischöfe, trägt Verantwortung dafür, daß die Gemeinden der Botschaft des Evangeliums gemäß leben, glauben, hoffen und handeln. Durch die Einrichtung des Einheitssekretariats wurde eine bewußte Öffnung zu ökumenischer Zusammenarbeit deutlich zum Ausdruck gebracht; eine entsprechende Hinwendung zu ökumenischer Zusammenarbeit hat die römisch-katholische Kirche seither zunehmend bestimmt.

Die evangelische Kirche hat ihrerseits durch die ökumenische Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche manche wertvolle Anregungen und Impulse erfahren. Es sei nur hervorgehoben, daß durch viele ökumenische Gespräche und Kontakte evangelische Christen von ihren römisch-katholischen Brüdern und Schwestern ein vertieftes Verständnis für die Bedeutung des Gottesdienstes und besonders die Feier des Sakraments gewonnen haben. Wort und Sakrament – diese Einsicht ist der ganzen Christenheit gemeinsam – bilden im Gottesdienst eine Einheit. Wie im katholischen Gottesdienst in den beiden letzten Jahrzehnten der Predigt eine weitaus größere Be-

deutung zuerkannt worden ist, als ihr früher beigemessen wurde, so ist in der evangelischen Kirche die zentrale Bedeutung des Herrenmahls wiederentdeckt worden. Der Gedanke der Einheit der Kirche, der im Leben der Gemeinde sichtbar zum Ausdruck gebracht werden möchte, hat auch in der evangelischen Christenheit viel Sympathie und Zustimmung gefunden. Auch im evangelischen Bereich sieht man sich veranlaßt, neue Überlegungen über die angemessene Struktur und rechte Verfassung der Kirche anzustellen und den Zusammenhang von Theologie und Recht neu zu bestimmen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Begegnungen und einer wachsenden Gemeinschaft zwischen den Gliedern der beiden großen Kirchen in unserem Land wird die ökumenische Bedeutung erkennbar, die dem Besuch zukam, den Papst Johannes Paul II. im November 1980 den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland gemacht hat. Bereits bei der Vorbereitung dieses Besuches hatte der Papst den deutlichen Wunsch ausgesprochen, nicht nur mit katholischen Christen zusammenzukommen, sondern auch mit Repräsentanten der anderen, insbesondere der reformatorischen Kirchen. Nach einigen nicht ganz einfachen Vorüberlegungen – es meldeten sich auch irritierende kritische Stimmen in der öffentlichen Auseinandersetzung zu Wort – wurde dann die Begegnung verabredet, die in Mainz stattgefunden hat. Für diese Begegnung war sorgfältig vorgearbeitet worden. Dabei war auch überlegt worden, welche Ergebnisse dieses Gespräch erbringen könnte, damit seine ökumenische Bedeutung wirksam werden könnte. Dabei war in Aussicht genommen worden, in einer Gemeinsamen Ökumenischen Kommission weiter darüber nachzudenken, was getan werden könnte, um die Trennung zwischen den Kirchen soweit als irgend möglich zu vermindern.

Papst Johannes Paul II. hat in seiner Ansprache, die er bei der Begegnung mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hielt, zum Ausdruck gebracht, daß die Einheit der Christen in allen Bereichen unseres Glaubens und Lebens zu erhoffen sei, in denen wir bis zur Stunde noch getrennt sind. Wörtlich sagte er: „Alle Dankbarkeit für das uns Verbleibende und Verbindende darf uns nicht blind machen für das, was immer noch trennend zwischen uns steht. Wir müssen es möglichst miteinander ins Auge fassen, nicht um Gräben zu vertiefen, sondern um sie zu überbrücken.“ Und er fuhr fort: „Miteinander sind wir gerufen, im Dialog der Wahrheit und der Liebe die volle Einheit im Glauben anzustreben. Erst die volle Einheit gibt uns die Möglichkeit, uns eines Sinnes und eines Glaubens an dem Tisch des Herrn zu versammeln.“ Wir dürften – so hob der Papst hervor – nichts unversucht lassen, und wir sollten uns dessen bewußt sein, daß im 16. Jahrhundert die Trennung der Christenheit – Gott sei gepriesen – nicht bis in die Wurzel hineingegangen ist, sondern es sei ein gemeinsamer Stamm erhalten geblieben, der uns auch heute verbindet. Gemeinsames Nachdenken, was geschehen könnte, um die nach wie vor bestehende und uns bedrückende Spaltung der Christenheit zu überbrücken, bestimmte somit das Gespräch in Mainz. Am Ende wurde beschlossen, eine Gemeinsame Ökumenische Kommission zu bilden, die an den Fragen, die in Mainz besonders erörtert wurden, arbeiten sollte. Als besonders der Klärung bedürftig waren von evangelischer Seite drei Fragen genannt worden, zunächst die nach Zeit und Gestaltung der ökumenischen Gottesdienste, sodann die Ver-

antwortung beider Kirchen für die vielen konfessionsverschiedenen Ehepaare und Familien und zum dritten das Ziel, dem unsere Hoffnung gilt: daß wir eines Tages auch am Tisch des Herrn untereinander verbunden sein möchten.

Nach dem Besuch des Papstes wurde in Beratungen zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland geklärt, wie die Kommission aussehen sollte: fünf Teilnehmer von jeder Seite. Fünf Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz wurden benannt, den Vorsitz auf der katholischen Seite übernahm für die beiden ersten Jahre Kardinal Ratzinger und nach seinem Fortgang nach Rom dann Bischof Scheele aus Würzburg. Auf der evangelischen Seite wurde Bedacht genommen auf die innerprotestantische Vielfalt und sowohl lutherische wie auch reformierte und unierte Überlieferung berücksichtigt. Die Kommission kam zum ersten Mal in München im Frühjahr 1981 zusammen und beriet dort darüber, wie sie ihren Arbeitsplan gestalten könnte. Zweimal im Jahr wollten wir je zwei Tage zusammenkommen. So ist es auch geschehen, jeweils abwechselnd in einer katholischen oder in einer evangelischen Tagungsstätte.

Ferner wurde verabredet, daß die Kommission ihre Arbeit zeitlich begrenzen sollte auf die Amtszeit des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bis zum Herbst des Jahres 1985. Nach diesem Plan wurde die Arbeit gestaltet, um den Auftrag zu erfüllen, den die Kommission von der Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erhalten hatte. Da der Papst sein persönliches Interesse an dieser Arbeit bekundet hatte und für seine persönliche Information Gewähr gegeben sein sollte, war als eines der katholischen Mitglieder ein Mitarbeiter des römischen Einheitssekretariats benannt worden. Bei den regelmäßigen Arbeitstagungen der Kommission wurde immer Gottesdienst gehalten, einmal eine katholische Eucharistiefeier, das andere Mal eine evangelische Abendmahlsfeier. Dabei kam uns erneut zum Bewußtsein, daß in beiden Kirchen eine gemeinsame Grundstruktur des Gottesdienstes bewahrt geblieben ist, die, seit der römisch-katholische Gottesdienst in deutscher Sprache gehalten wird, sehr viel deutlicher heraustritt als früher. Zugleich aber wurde bei der Feier des Sakraments die noch anhaltende Trennung schmerzlich spürbar, da an der Eucharistie jeweils nur die katholischen Glieder und an der Abendmahlsfeier jeweils nur die evangelischen Glieder der Kommission teilnehmen konnten.

II.

Der Kommission war der Auftrag gestellt worden, über das gemeinsame Erbe wie auch die heute den Kirchen obliegende Verantwortung nachzudenken, die uns miteinander verbinden, um im Lichte des gemeinsamen Glaubens das, was uns trennt, wenn irgend möglich zu verringern und schließlich überwinden zu können. Eine erste Aufgabe war durch ein kirchengeschichtliches Datum gestellt: Zur 1600-Jahrfeier des Glaubensbekenntnisses von Nicäa/Konstantinopel sollte eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden. Im Jahre 381 war in Konstantinopel auf einem ökumenischen Konzil die Fassung des Nicänischen Glaubensbekenntnisses beschlossen worden, die wir bis

heute in unseren Gottesdiensten sprechen. Im Nachdenken über diesen der getrennten Christenheit gemeinsamen Glauben und das ihn ausdrückende Bekenntnis wurde die Erklärung formuliert und zu Pfingsten 1981 veröffentlicht: „Das Bekenntnis zum Dreieinigen Gott ist das einzige ökumenische Glaubensbekenntnis, das die östliche und die westliche, die römisch-katholische und die reformatorische Christenheit durch alle Trennungen hindurch verbindet. Diese gemeinsam bezeugte Wahrheit des Evangeliums zeigt, daß die Trennung unserer Kirche nicht bis in die Wurzel gegangen ist. Die Gemeinsamkeit im Bekenntnis zum Dreieinigen Gott ist unaufgebbare Bedingung für die Einheit der einen heiligen katholischen und apostolischen Kirche.“ Die Erklärung mündet in die Bitte, dafür zu beten und zu arbeiten, daß die noch vorhandenen Kirchentrennungen überwunden werden; denn „der Dreieinige Gott will durch eine einige Christenheit geehrt sein“.

Diese Erklärung über das gemeinsame apostolische Glaubensbekenntnis wurde nicht nur von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland entgegengenommen, sondern auch von den Repräsentanten aller anderen christlichen Kirchen unterzeichnet, die zur Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik und in West-Berlin zusammengeschlossen sind: der Griechisch-Orthodoxen Metropole, der Altkatholischen Kirche, der Methodisten, Baptisten und anderen Freikirchen. Auf diese Weise wurde zu Anfang der Arbeit, die die Gemeinsame Ökumenische Kommission aufnahm, das verbindende Erbe des einen christlichen Glaubens deutlich beschrieben. Vor diesem Hintergrund konnten dann die Fragen, die in Mainz gestellt worden waren, im einzelnen erörtert werden. In mehreren Sitzungen wurde über das Verständnis der Ehe und die Verantwortung beider Kirchen für konfessionsverschiedene Ehen und Familien beraten. Um zunächst die gemeinsame Basis zu bestimmen, haben die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die den Titel „Ja zur Ehe“ trägt. Darin ist zum Ausdruck gebracht, beide Kirchen seien sich dessen bewußt, daß es heute für manche Menschen nicht mehr selbstverständlich ist, die Partnerschaft von Mann und Frau in der Ehe zu leben. Furcht, Zurückhaltung oder Zweifel, ob man sich auf eine lebenslange Gemeinschaft einlassen kann, machen manchen Menschen zu schaffen. Beide Kirchen aber erklären: „Um Gott als Zeugen des Eheversprechens anzurufen und sich in seinem Segen und Beistand zu bergen, gibt es die kirchliche Form der Eheschließung.“ Von ihr wird gesagt, daß ihr in der römisch-katholischen Kirche der Charakter eines Sakraments eignet, nach evangelischem Verständnis aber nicht. Doch die evangelische Kirche, die mit Martin Luther die Ehe als ein weltlich Ding begreift, sieht ihre Verbindlichkeit ebenfalls in Gottes gnädiger Anordnung begründet und von seiner Liebe zu den Menschen getragen. „In der Anerkennung des Eheversprechens – so heißt es wörtlich – nehmen die Eheleute sich gegenseitig als Person an und bekennen sich zu ihrem ursprünglichen und eigenen Willen in der Bindung aneinander.“ Die Bejahung der Ehe, wie sie aus der Zuversicht des Glaubens folgt, möchte daher Mut machen. Deshalb möchten die Kirchen gemeinsam gerade junge Menschen bitten, „ihre tiefe Sehnsucht nach einem gelingenden gemeinsamen Leben für sich und für andere zu einer Darstellung zu bringen, die der von ihnen

zu bejahenden Gemeinschaft entspricht und so ein neues schöpferisches Ja zur Ehe zu wagen“.

Das gemeinsame Ja zur Ehe hat dann die weiteren Beratungen über die gemeinsame Verantwortung beider Kirchen im Blick auf die vielen konfessionsverschiedenen Ehen bestimmt. Beiden Kirchen ist bewußt, daß sie eine seelsorgerische Aufgabe gerade den Gliedern ihrer Kirchen gegenüber zu erfüllen haben, die in konfessionsverschiedenen Ehen und Familien leben. In unserer Zeit gibt es eine wachsende Zahl solcher konfessionsverschiedenen Ehen. Christen, die verschiedenen Kirchen angehören, sind darum dankbar für alles, was sie im Glauben verbindet. „Im gleichen Wortlaut wird in beiden Kirchen das Vaterunser gebetet, von wenigen Unterscheidungen abgesehen wird das gleiche Glaubensbekenntnis gesprochen. Dieselbe Bibel wird in beiden Kirchen gelesen und ausgelegt. Die Taufe, die mit Wasser durch Übergießen oder Eintauchen und auf den Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes in einer Kirche vollzogen ist, wird von der katholischen und der evangelischen Kirche anerkannt.“ Dieser Gemeinsamkeiten sich bewußt zu sein, ist gerade dann wichtig, wenn junge Menschen aus zwei verschiedenen Kirchen kommen und eine Ehe eingehen wollen. Von Bedeutung ist aber auch, daß sie sich über die vorhandenen Unterschiede, insbesondere die unterschiedlichen Strukturen der Frömmigkeit in beiden Kirchen klar werden und bewußt sind. „Denn zum Christsein – so sagt die Erklärung – gehört die konkrete Verwurzelung und Beheimatung in der Kirche“, aus der jeder jeweils kommt.

Das besonders belastende Problem, das trotz aller Bemühungen bis heute noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden hat, wird in der Erklärung zur konfessionsverschiedenen Ehe, die 1985 veröffentlicht wurde, angesprochen: „Ehepartner, deren geistliche Gemeinschaft in gemeinsamer christlicher Verantwortung gewachsen ist, empfinden es als schmerzlich, daß sie nicht gemeinsam zum Tisch des Herrn gehen können. Sie erfahren leidvoll, daß die Trennung der Kirchen noch nicht überwunden ist. So entsteht die Frage, warum die Kirchen zwar zur christlichen Gemeinschaft auffordern, aber in dieser Frage unterschiedlich urteilen.“ Nach dem Verständnis der evangelischen Kirche dürfen auch katholische Christen zur Feier des Abendmahls zugelassen werden, wenn sie im Vertrauen darauf kommen, daß die evangelische Kirche der Stiftung des Herrn gemäß die Verwaltung des Sakraments vornimmt. Die katholische Seite dagegen hält es nur unter bestimmten Voraussetzungen, zu denen sie aber die konfessionsverschiedene Ehe nicht zählt, für möglich, evangelische Christen zur Kommunion zuzulassen: in Notfällen, in Todesgefahr oder absoluter Vereinsamung. Die katholische Kirche sieht sich nicht in der Lage, es ihren Gliedern zu gestatten, das evangelische Abendmahl zu empfangen.

So schmerzlich es ist und bleibt, daß bis heute keine Übereinkunft über gastweise Zulassung zur Sakramentsfeier in der anderen Kirche erzielt werden konnte, so ist es doch um der Brüderlichkeit und ökumenischen Fairneß willen geboten, die katholische Lehrauffassung zu achten. Die Erklärung verschweigt nicht den Schmerz, den wir angesichts der spürbaren Trennung in beiden Kirchen empfinden. Aber sie sagt, im Blick auf die noch nicht überwundene Trennung der Kirchen sei es geboten, die Entscheidung zu respektieren, die jede Kirche nach sorgfältiger Prüfung für die Zulassung

zur Eucharistie getroffen hat: „Wer an der Kommunion in der Kirche des Partners nicht teilnehmen kann, ist deshalb von der gottesdienstlichen Gemeinschaft nicht ausgeschlossen. Er ist vielmehr eingeladen, im Hören des Wortes Gottes, in Gebet und Andacht mitzufeiern.“ Als voll befriedigend – das wird zugegeben – kann dieses nicht angesehen werden. Deshalb bleibt beiden Kirchen die dringende Aufgabe gestellt, sich mit allen Kräften weiter um die Überwindung der Spaltung zu bemühen und dahin zu wirken, daß die Trennung am Tisch des Herrn überwunden wird. Alle, die am ökumenischen Dialog aufmerksam teilnehmen, wissen, wie schmerzlich die hiermit beschriebene Wunde immer wieder spürbar wird.

Das ungelöste Problem der Gemeinschaft am Tisch des Herrn wird auch in einer anderen Erklärung angesprochen, die sich mit der Feier des Sonntags beschäftigt. Sie wurde zum ersten Advent 1984 von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht. Wiederum wird von dem gemeinsamen Glauben ausgegangen, den beide Kirchen miteinander bekennen. Durch Gottes Güte ist uns Menschen die Feier des Sonntags gegeben. Jeder Mensch braucht den Tag der Ruhe zur Erquickung, zum Zusammensein in der Familie, zum Atemschnöpfen, zur Erholung von Seele und Leib. Seine eigentliche Erfüllung aber findet der Sonntag nach christlichem Verständnis durch den Gottesdienst. Der Gottesdienst steht im Mittelpunkt des Lebens der Gemeinde. Seinem Schutz dient das Sonntagsgebot. Beide Kirchen erinnern gemeinsam ihre Glieder daran, welche Hilfe es bedeutet, in dem Rhythmus von Feier und Arbeit eine Ordnung des Lebens zu haben und durch regelmäßige Treue in der Teilnahme am Gottesdienst Ermutigung und Stützung für die Gestaltung des eigenen Lebens zu erfahren.

Auch hier aber stellt sich die Frage, wie und auf welche Weise die Christen in den getrennten Kirchen den Gottesdienst gestalten. „Nach apostolischer Überlieferung – das ist beiden Kirchen gemeinsam – gehören Herrentag und Herrenmahl zusammen.“ Für die katholische Kirche macht die Eucharistiefeier den Kernpunkt des Gottesdienstes aus, so daß sie unverwechselbar ihren Platz im Gottesdienst behalten soll. Nach katholischem Verständnis kann ein Wortgottesdienst die Eucharistiefeier am Sonntag nicht ersetzen. Deshalb soll nach der Ordnung der katholischen Kirche der Vorabend des Sonntags und der Sonntagvormittag für die Eucharistie freigehalten werden. Ökumenische Gottesdienste können in dieser Zeit nicht stattfinden, aus wichtigen Gründen aber am Sonntagnachmittag und Sonntagabend wie auch sonst im Lauf der Woche. Den Teilnehmern an ökumenischen Gottesdiensten soll in jedem Fall zuvor Gelegenheit zum Besuch der Eucharistiefeier im katholischen Sonntagsgottesdienst gegeben sein.

Die evangelische Kirche – so wird in der gemeinsamen Erklärung zur Feier des Sonntags der evangelische Standpunkt beschrieben – unterstützt die Bemühungen, den Sonntag durch die regelmäßige Feier des heiligen Mahles auszuzeichnen. Allerdings versteht sie auch den Wortgottesdienst als Gottesdienst im vollen Sinne. Da ökumenische Gottesdienste bisher nur als Wortgottesdienste gehalten werden können, würden sich evangelische Christen freuen, wenn auch an Sonntagen, zumindest bei besonderen Gelegenheiten, ökumenische Gottesdienste möglich werden könnten.

Hierzu hat sich die katholische Deutsche Bischofskonferenz bisher nicht entschließen können. Auch an dieser Stelle muß der evangelische Partner in Fairneß gegenüber der Schwesterkirche diese noch nicht überwundene Unterschiedenheit respektieren, um so mehr aber darauf achten, daß alle Möglichkeiten, die sich im beiderseitigen Einverständnis zur Feier ökumenischer Gottesdienste bieten, auch wahrgenommen werden. Nicht selten wird von römisch-katholischen Gesprächspartnern darauf aufmerksam gemacht; daß bei allem ökumenischen Drängen und verständlicher Ungeduld oft nicht hinreichend die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die heute einvernehmlich gegeben sind: zu gemeinsamem Bibelstudium, ökumenischen Gottesdiensten an Werktagen, Sonntagnachmittagen und -abenden und gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben im karitativen, sozialen und ökumenischen Dienst.

III.

Die wichtigste Aufgabe, der sich die Gemeinsame Ökumenische Kommission zugewandt hat, wurde gleich in der ersten Sitzung, die im Frühjahr 1981 in München stattfand, eingehend besprochen. Im Bewußtsein dessen, daß im 16. Jahrhundert die Trennung nicht bis in die Wurzel hineingegangen ist, ist es geboten, die kritischen Verurteilungen, die in den streitigen Auseinandersetzungen der damaligen Zeit jeweils über die andere Seite ausgesprochen worden sind, im Licht heute gewonnener Einsichten zu überprüfen. Denn wenn getrennte Kirchen sich intensiv darum bemühen, zu einer größeren Gemeinschaft zusammenzukommen, dann müssen sie gegenseitige Verurteilungen, die ein belastendes geschichtliches Erbe bilden, wenn irgend möglich ausräumen. Der kürzlich verstorbene Heidelberger Professor für Systematische Theologie Edmund Schlink hat in seiner 1983 erschienenen Ökumenischen Dogmatik diese Aufgabe so beschrieben: „Zur Einheit der Kirche ist es nicht notwendig, in der Beantwortung aller theologischen Fragen übereinzustimmen.“ Aber – sagt er dann – das Bleiben von Anathematismen, d.h. von Verurteilungen innerhalb der Kirche, wäre ein Widerspruch in sich selbst. „Daher müssen alle Anathematismen, die zwischen getrennten Kirchen bestehen, bei der Einigung aufgehoben werden, und zwar ohne jede Ausnahme... Die Aufhebung eines Anathemas steht ebensowenig im freien Belieben der Kirche wie ihr Bekenntnis und bedarf daher einer sorgfältigen Prüfung und Begründung wie auch die Formulierung und Verkündung eines neuen Konsensus.“ (S.704)

Indem die Gemeinsame Ökumenische Kommission sich der Aufgabe zuwandte, die gegenseitigen Verurteilungen zu überprüfen, suchte sie eine wichtige Vorarbeit für eine größere Einheit der Christenheit zu leisten und Hindernisse aus dem Wege zu räumen, damit eine stärkere Annäherung der getrennten Kirchen möglich werden kann. Zu dieser Aufgabe heißt es in einer Erklärung, die die gemeinsame römisch-katholische und evangelisch-lutherische Kommission, vom Einheitssekretariat auf der einen Seite und vom Lutherischen Weltbund auf der anderen Seite bestellt, unter dem Titel „Einheit vor uns“ im Jahr 1985 vorgelegt hat: „Um zu einem gemeinsamen Bekenntnis des einen Glaubens und zu einem wahren brüderlichen Verhältnis zurückzufinden, ist es nötig, daß unsere Kirchen in allen Punkten, wo es sich als möglich erweist, offiziell

erklären, daß angesichts des gegenwärtigen Standes der Lehre der anderen Kirchen diese Verurteilungen gegenstandslos geworden sind.“ (These 67)

Welcher Art sind die Verurteilungen, deren Aussagen der Überprüfung bedürfen? In den Auseinandersetzungen der Reformationszeit wurde in Aufnahme schon im Mittelalter gelegentlich auftauchender Gedanken verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, der Papst sei der Antichrist. Weil er das Evangelium unterdrücke, wurde von seiten reformatorischer Theologen dieser Vorwurf mit scharfen Worten erhoben. Da man die katholische Messe um ihres Opfer- und Verdienstcharakters willen kritisch beurteilte, wurde sie – so vor allem im Heidelberger Katechismus – als eine vermaledeite Abgötterei bezeichnet. Im heutigen ökumenischen Gespräch konnte daher gelegentlich gefragt werden: Wie könnten evangelische Christen, die so viel Wert darauf legen, zu eucharistischer Gemeinschaft mit katholischen Christen zu kommen, dieses Begehren in Einklang bringen mit reformatorischen Aussagen, die die Messe eine vermaledeite Abgötterei schelten? Wird die Frage so gestellt, so tritt deutlich hervor, daß wir heute über den Streit des 16. Jahrhunderts hinausgewachsen sind. Doch polemische Aussagen liegen auch in maßgebenden katholischen Dokumenten der damaligen Zeit vor. Deshalb wurde in den Beratungen der Gemeinsamen Ökumenischen Kommission sogleich von katholischer Seite die Bereitschaft erklärt, auch die Verwerfungen des Tridentinischen Konzils seien in eine Neuinterpretation einzubeziehen. Diese Verwerfungen richten sich gegen die evangelische Lehre von der Rechtfertigung, wie man sie damals meinte sehen zu sollen, gehen aber auch das Verhältnis von Schrift und Tradition, das Amtsverständnis und andere Bereiche an.

Nach ersten Beratungen in der Gemeinsamen Ökumenischen Kommission wurde die Aufgabe auf drei große Themenkreise konzentriert: die Lehre von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben; die Lehre von den Sakramenten, wobei sowohl ihre Zahl wie vor allem das Verständnis des Herrenmahls erörtert werden sollte, und schließlich die Lehre vom kirchlichen Amt. Weil die Kommission diese umfängliche Aufgabe nicht allein erfüllen konnte, hat sie einen hochqualifizierten theologischen Arbeitskreis gebeten, die nötige wissenschaftliche Detailarbeit zu leisten. Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges hatten im Jahre 1946 der damalige Erzbischof von Paderborn, Lorenz Jäger, und der evangelische Bischof von Oldenburg, Wilhelm Stählin, einen ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen ins Leben gerufen. Seither trifft sich dieser Arbeitskreis, dessen Zusammensetzung und Leitung sich im Lauf der 40 Jahre verändert hat, alljährlich zu meist einwöchigen Arbeitstagen. Ihm gehören etwa je zwanzig Professoren der Theologie von jeder der beiden Seiten an. Dankenswerterweise hat dieser Arbeitskreis die große Arbeitslast auf sich genommen, die Interpretation der Verwerfungen in den Bereichen der Lehre von der Rechtfertigung, der Lehre von den Sakramenten und der Lehre vom kirchlichen Amt vorzunehmen. Ein umfangreiches Dokument ist erarbeitet worden, dessen Text nunmehr der kirchlichen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Begutachtung und Stellungnahme vorgelegt worden ist.

Dieses wichtige, unter dem Titel „Lehrverurteilungen – kirkentrennend?“ veröffentlichte theologische Dokument geht davon aus, daß beide Kirchen in der Kriegs-

und Nachkriegszeit ein hohes Maß sie verbindender Gemeinsamkeit entdeckt haben. Darüber hinaus sind in wissenschaftlicher theologischer Arbeit zu vielen Fragen neue Gesichtspunkte gewonnen worden, weil ein vertieftes Studium der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments dazu beigetragen hat, manche Probleme, die im 16. Jahrhundert streitig gesehen wurden, in neuem Licht zu betrachten. Weitere Anstöße vermittelte die historische Forschung im Bereich der Kirchen-, Liturgie- und Dogmengeschichte. Und schließlich sind auch durch das gemeinsame Studium der patristischen Theologie neue Einsichten gewonnen worden.

Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen über das umfangreiche Dokument zu berichten, das der ökumenische Arbeitskreis in vorbildlichem Zusammenwirken von vierzig Gelehrten erstellt hat. Doch seien einige wichtige Gesichtspunkte hervorgehoben. Zur Lehre von der Rechtfertigung wird gesagt: „Beiden Kirchen – der katholischen wie der evangelischen – geht es darum, daß der Mensch Gott gegenüber in keiner Weise auf seine eigenen Bemühungen blicken kann, daß er jedoch gleichwohl ganzheitlich von der Rechtfertigung betroffen ist.“ Diese gemeinsame Überzeugung ist für alle weiteren Überlegungen von Bedeutung. Gewissen begrifflichen Unterschieden eignet kein kirchentrennender Charakter mehr. Zur Lehre von der Eucharistie wird ausgeführt: „Durch den Rückgriff auf die Aussagen des Neuen Testaments ist in der Lehre von der Eucharistie in beiden Kirchen ein gemeinsames Verständnis von der Feier des Herrenmahls gewonnen worden“, durch das alte Unterschiede und Gegensätze überwunden werden können. Denn „beide Kirchen bekennen, daß Jesus Christus selbst in der Feier des Herrenmahls real gegenwärtig ist“. Er läßt in der Feier des Herrenmahls an seinen Tisch.

Der dritte Fragenkreis betrifft die Lehre vom kirchlichen Amt. Hierzu wird bemerkt: „Die Herkunft des Amtes von Jesus Christus und die notwendige Ordination durch die Kirche in der Nachfolge der Apostel waren niemals strittig.“ Der Beachtung wert ist die Einsicht, daß Unterschiede im Verständnis des Amtes, die uns heute besonders zu schaffen machen, in den Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts nahezu keine Rolle gespielt haben. Sie sind erst durch die spätere kirchenrechtliche Entwicklung in stärkerem Maße unterschiedlich ausgeprägt worden. Darum ist es notwendig, sich in beiden Kirchen dessen erneut bewußt zu werden, daß es zum Auftrag der Kirche gehört, eine geordnete Bestimmung und Berufung zum kirchlichen Amt zu praktizieren. Niemand – so sagt auch das Augsburger Bekenntnis –, der nicht rechtmäßig berufen ist, ist zur Ausübung des Amtes in der Kirche befugt.

In den Zusammenhang der Lehre vom kirchlichen Amt gehört schließlich auch die Frage nach dem päpstlichen Primat, wie sie in der römisch-katholischen Kirche und Theologie gesehen wird. Die polemische Bezeichnung des Papstes als Antichrist – so wird zu dieser alten Streitfrage ausgeführt – „ist als Reaktion auf die Verurteilung der evangelischen Rechtfertigungslehre durch Rom aufzufassen“. Wenn aber diese Verurteilung heute nicht mehr aufrechterhalten wird, dann kann auch evangelischerseits eine solche Polemik nicht mehr vertreten werden. Im Gegenteil, „auch evangelische Christen können heute verstehen, daß in der römisch-katholischen Kirche das Amt des Papstes als ein Dienst an der im Evangelium begründeten Einheit der Kirche verstanden

und gelebt wird“. Es bleiben freilich unterschiedliche Bewertungen, die nach katholischem Verständnis das päpstliche Amt durch göttliches Recht gesetzt sehen, während evangelische Auffassung ein derart herausgehobenes Leitungsamt zwar als nach menschlichem Recht zweckmäßig anerkennen kann, ihm aber keine unveränderliche Notwendigkeit zuzubilligen vermag.

Die Gemeinsame Ökumenische Kommission hat ihre Arbeit im Herbst 1985 beendet und ihren Schlußbericht ihren beiden Auftraggebern vorgelegt, der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sowohl der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland wie auch die Deutsche Bischofskonferenz haben sich mit den gewonnenen Ergebnissen beschäftigt und den Prozeß der Urteilsbildung und Rezeption in beiden Kirchen eingeleitet. Die Kommission hat die Leitungen beider Kirchen gebeten, verbindlich auszusprechen, daß die Verwerfungen des 16. Jahrhunderts den heutigen Partner nicht treffen, insofern seine Lehre nicht von dem Irrtum bestimmt ist, den die Verwerfungen abwehren sollten. Wird eine solche Erklärung von beiden Kirchen abgegeben, dann stellt das ökumenische Dokument über die Verwerfungen des 16. Jahrhunderts nicht mehr nur das Ergebnis einer gründlichen wissenschaftlichen theologischen Arbeit dar. Vielmehr ist jetzt die Zeit gekommen, über wertvolle Ergebnisse theologischer Studienarbeit hinauszugelangen und eine verbindliche Rezeption ökumenischer Dokumente vorzunehmen. Solche amtliche Stellungnahme ist in der katholischen Kirche in erster Linie durch die Bischöfe vorzunehmen. Dabei ist es freilich von entscheidender Bedeutung, daß auch in der Öffentlichkeit der katholischen Kirche eine positive Meinungsbildung erfolgt. Auf evangelischer Seite ist der Prozeß der Rezeption komplizierter, weil grundsätzlich das ganze Kirchenvolk zu beteiligen ist. Es steht zu hoffen, daß in allen evangelischen Landeskirchen die bisherigen Ergebnisse des ökumenischen Dialogs diskutiert werden und am Ende dieser Beratungen die jeweils zuständigen Landessynoden erklären, daß die Verwerfungen von damals den heutigen Partner nicht bzw. nicht mehr treffen. Auf diese Weise werden aufgrund verbindlicher Entscheidungen Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, damit wir künftig bewußter als Brüder und Schwestern voneinander denken und reden und miteinander entsprechend umgehen. Dadurch werden Schritte getan, um auf das Ziel der von allen erhofften und ersehnten eucharistischen Gemeinschaft zugehen zu können.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ist der Überzeugung, daß zwischen Kirchen der Reformation und Kirchen der katholischen Tradition die Gewährung eucharistischer Gastfreundschaft grundsätzlich möglich ist. Deshalb hat er nach Abschluß theologischer Gespräche im März 1985 mit dem katholischen Bistum der Altkatholiken in Deutschland eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Darin wird festgestellt, daß beide Kirchen gemeinsam den von den Aposteln überkommenen christlichen Glauben bekennen. Beide bekennen gemeinsam: „Wir werden vor Gott als gerecht erachtet und gerecht gemacht allein aus Gnade durch den Glauben aufgrund des Heilswerkes unseres Herrn Jesus Christus und nicht aufgrund unserer eigenen Werke und Verdienste.“ Im Blick auf katholisches Kirchen- und Amtsverständnis ist besonders wichtig, daß beide Seiten die folgenden Sätze gemeinsam sprechen:

Beide Kirchen „bewahren den aus der Sendung der Apostel hervorgehenden Dienst des besonderen Amtes, das der Herr seiner Kirche gegeben hat. Dieses Amt trägt mit der Gesamtheit der Gläubigen ständig und öffentlich Sorge für die Verkündigung des Evangeliums, die Verwaltung der Sakramente und für die Leitung und Einheit der Kirche. In der Kontinuität mit den Aposteln und ihrer Verkündigung wird die reine apostolische Lehre und die rechte Verwaltung der Sakramente gewahrt.“ Beide Kirchen sind der Überzeugung und haben dieses inzwischen auch feierlich vollzogen, daß die hier festgestellten grundlegenden Übereinstimmungen es erlauben, die Glieder beider Kirchen gegenseitig zur Teilnahme an der Eucharistie einzuladen. Es ist zu hoffen, daß diese Vereinbarung, die nach Abschluß sorgfältiger theologischer Gespräche eingegangen wurde, gleichsam ein Modell vorzeichnen möchte, wie auch im Zusammenwirken mit anderen Kirchen ein größeres Maß an Gemeinschaft hergestellt werden kann. Zwischen der Anglikanischen Kirchengemeinschaft und der Evangelischen Kirche in Deutschland sind entsprechende Verhandlungen bereits aufgenommen worden, die voraussichtlich in einiger Zeit zu verbindlichen Verabredungen über die Herstellung eucharistischer Gemeinschaft führen werden.

Es bleibt Hoffnung und Bestreben des andauernden Dialogs, der zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche geführt wird, daß wir weitere Schritte aufeinander zu tun können, die beide Seiten gemeinsam verantworten können. Dieser Erwartung hat Bundespräsident R. v. Weizsäcker auf dem Aachener Katholikentag Ausdruck gegeben, indem er sich gleichsam zum Sprecher vieler Christen in beiden Kirchen machte und sagte: „Noch immer sind wir untereinander getrennt. Aber wir gehen aufeinander zu. Die ökumenische Bewegung hat ihre Chance nicht dort, wo man den anderen zu sich herüberziehen will, sondern wo man den Partner sucht, der in seinem eigenen Glauben verankert ist. Wenn die Ökumene dazu hilft, dem Unglauben zu wehren, sich gegenseitig im Glauben zu bestärken, wächst sie an Glaubwürdigkeit. Es wäre ein Geschenk, wenn es uns dabei auch gegeben wäre, uns gegenseitig bei Gottesdienst und Feier der Messe als Gäste voll zuzulassen. Gewiß, ein Gastrecht ist noch nicht die Einheit, die nur Gott uns geben kann. Wer aber den Gast, der nicht zur Familie gehört, aufnimmt und ihn wirklich ganz einbezieht, greift er Gott vor? Im Gedanken der Gastfreundschaft gibt ja weder der Gastgeber noch der Gast das jeweils Eigene auf. In ihr wird aber das Ferne nahe, das Fremde vertraut, der Fremde wird der Nächste. ‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.‘ Das Mahl, das wir feiern, ist doch ein Mahl der Liebe Christi. Kann es uns nicht helfen, näher zusammenzufinden?“

Trotz intensiver Bemühungen, die den bisherigen ökumenischen Dialog zwischen der Römisch-katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland bestimmt haben, ist das Ziel, das wir dabei vor Augen haben, noch nicht erreicht. Dabei liegt als schwierigstes Hindernis einer weiteren Annäherung die unterschiedliche Bewertung der theologischen Bedeutung des Kirchenrechts und die Frage einer gegenseitigen Anerkennung der kirchlichen Ämter im Wege. Bisweilen sieht sich angesichts der noch nicht gelösten Probleme ungeduldiges Drängen enttäuscht und meint, sich nicht bereitfinden zu können, länger zu warten. So verständlich solches Drängen sein mag, so muß doch bedacht werden, ob durch enthusiastisches Überspringen noch vor-

handener Gräben und Trennungen wirklich dauerhafte Gemeinschaft gefördert werden kann.

Wer für die Leitung der Kirche Verantwortung trägt, muß sein Hoffen und Drängen in theologische Lehrgespräche und Beratungen einbringen, die auf rechtlich verbindliche Absprachen zielen. Unverantwortlich wäre es gewiß, solche Gespräche in unverbindlichen Erörterungen sich hinschleppen zu lassen. Doch selbst, wenn solche Neigung hier und da aufkommen sollte, so ist doch der weltweite ökumenische Dialog viel zu weit fortgeschritten, als daß er wieder unterbrochen oder gar abgebrochen werden könnte. Nach dem neuen Codex Juris Canonici aus dem Jahre 1983 ist es „Aufgabe des ganzen Bischofskollegiums und besonders des Apostolischen Stuhles..., die ökumenische Bewegung bei den Katholiken zu pflegen und zu leiten. Ziel der ökumenischen Bewegung ist die Wiederherstellung der Einheit unter allen Christen.“ (Ca. 755) Die Bischofssynode, die Ende 1985 in Rom zusammengetreten war, hat mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils unverändert gelten und die Öffnung der Römisch-katholischen Kirche zum ökumenischen Dialog nicht wieder zurückgenommen wird. Die Kirchen der Reformation sind sowohl durch die konfessionellen Weltbünde wie auch durch ihre gemeinsame Zugehörigkeit zum Ökumenischen Rat der Kirchen so fest in den weltweiten ökumenischen Dialog eingebunden, daß sie sich dessen Verpflichtung weder entziehen können noch wollen. Damit sind bindende Voraussetzungen dafür gegeben, daß der ökumenische Dialog zwischen den noch getrennten Kirchen seinen Fortgang nehmen wird, damit sie dem Ziel sie zusammenschließender Gemeinschaft näherkommen.

Je intensiver die Kirchen sich auf diesen Dialog einlassen, um so mehr lernen sie voneinander und entdecken gerade dadurch ihre wachsende Gemeinsamkeit. Dabei wird dieser Dialog um so fruchtbarer seinen Fortgang nehmen, je mehr jeder Teilnehmer am Gespräch fähig wird, sich in die Lage seines Partners hineinzusetzen und die Probleme von seinen Voraussetzungen her zu durchdenken. Indem dabei nach den Worten des Apostels Paulus einer vom anderen höher denkt als von sich selbst, wächst vertrauensvolle Gemeinschaft, in der wir miteinander auf den Tag zugehen, an dem sich die Hoffnung aller Christen erfüllen wird, daß eine Herde und ein Hirt sein werden.